

Nr. 52 (XXXIX) Internationale Solidarität und Rechtsschutz von Flüchtlingen¹

Das Exekutiv-Komitee,

weiterhin tief besorgt über die ernststen und komplexen Flüchtlingsprobleme in aller Welt, die damit einhergehenden schweren Verletzungen von Menschenrechten und die dadurch verursachte Entwurzelung sowie das Elend der Millionen von Betroffenen;

nochmals bekräftigend, dass Flüchtlingsprobleme die internationale Gemeinschaft angehen und dass ihre Lösung vom Willen und von der Möglichkeit der Staaten abhängt, gemeinsam und uneingeschränkt und im Geiste wahrer Humanität und internationaler Solidarität zu agieren;

betonend, dass Staaten die Verpflichtung und die Verantwortung haben, den Flüchtlingen Rechtsschutz und einen Mindeststandard in der Behandlung zukommenzulassen, und dass diese in guter Absicht ausgeführt werden müssen;

betonend, dass das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen vor dem Hintergrund der dringenden Notwendigkeit gegründet wurde, Flüchtlingen Rechtsschutz zu gewähren, und dass es diese Schutzfunktion ist, die in einmaliger Weise das Amt kennzeichnet;

1. *unterstrich*, dass alle Staaten, die selbst die Schutzfunktion des Amtes festgelegt haben, verpflichtet sind, mit diesem Amt in der Ausübung seines Mandats zusammenzuarbeiten, auf der Grundlage der fundamentalen und humanitären Prinzipien, auf denen seine Tätigkeit beruht;
2. *wies darauf hin*, dass Staaten und UNHCR verbunden sind in ihrem gemeinsamen Streben nach Lösungen für die Flüchtlings-

¹ Dokument Nr. 12 A (A/45/12/Add.1...)

probleme und nach internationalem Schutz zugunsten der grundlegenden Rechte der Flüchtlinge;

3. *betonte*, dass der Grundsatz der internationalen Solidarität einen entscheidenden Faktor darstellt, wenn es darum geht, eine humanitäre Haltung in der Asylgewährung und generell in der wirksamen Ausübung internationalen Rechtsschutzes zu fördern;
4. *erinnerte daran*, dass unter allen Umständen die Achtung fundamentaler humanitärer Grundsätze die Pflicht aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft ist, wobei davon auszugehen ist, dass das Prinzip der internationalen Solidarität für eine befriedigende Anwendung dieser Grundsätze von höchster Wichtigkeit ist;
5. *forderte alle Staaten auf*, weiterhin aktiv die Schutzfunktionen des Hohen Kommissars mit allen geeigneten Mitteln auf bilateraler und multilateraler Ebene zu unterstützen sowie ihren eigenen humanitären Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen nachzukommen und insbesondere das Recht zu achten, vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen, und die Einhaltung des Grundsatzes des *non-refoulement*¹ sicherzustellen.

¹ Siehe Beschluss Nr. 6 (XXVIII)